

„Wie viel Nationalismus verträgt das Land?“

Der zunehmende Nationalismus in Europa – auch bei uns in Deutschland – muss uns allen Sorge bereiten. Der Kampf gegen Populisten und für ein gemeinsames Europa ist Aufgabe aller demokratischen Kräfte. Aus diesem Grund lud die Geiselhörer SPD Róża Thun, ein Mitglied der konservativen Europäischen Volkspartei (EVP), zum Gespräch ein.



Róża Thun

(eigentlich Róża Maria Gräfin von Thun und Hohenstein, geb. Woźniakowska) wurde 1954 in Krakau geboren und arbeitete als Publizistin bis sie 2009 ins Europa-Parlament gewählt wurde.

Ihr Vater Jacek Wozniakowski war im kommunistischen Polen katholischer Verleger und Journalist; nach der Wende wurde er Oberbürgermeister von Krakau. Róża studierte Anglistik an der Jagiellonen-Universität in Krakau und war in den Jahren 1976 bis 1980 in der demokratischen Opposition Krakaus aktiv. Von 1978 bis 1979 war sie Sprecherin eines studentischen Ablegers der Solidarność. Sie war Mitorganisatorin der „Fliegenden Universität“ und zahlreicher oppositioneller Treffen und Diskussionen. Sie sorgte für die Verbreitung regimekritischer Publikationen, die im Ausland gedruckt und nach Polen geschmuggelt werden mussten. Am 20. September 1980 heiratete sie in Krakau Franz Graf von Thun und Hohenstein. Sie ist Mutter dreier Töchter und eines Sohnes, sowie Großmutter von zwei Enkeln.

In den Jahren 1981–1991 lebte Thun im Exil in der Bundesrepublik Deutschland, nachdem die Demokratiebewegung in Polen niedergeschlagen wurde, anschließend in Nepal. In dieser Zeit nahm sie an zahlreichen Konferenzen in Frankreich und Deutschland teil, die die Situation in Polen und die gesellschaftlich-politische Lage nach der Verhängung des Kriegsrechts (13. Dezember 1981) betrafen. Unter anderem versorgte sie die westlichen Medien mit Informationen über die Lage der Opposition und Kirche in Polen und half emigrierten Aktivisten der Solidarność. Sie organisierte humanitäre Hilfe für Polen und sorgte für die Präsenz oppositioneller polnischer Verlage auf der Frankfurter Buchmesse. Sie arbeitete als Übersetzerin und Rezensentin für den Herder Verlag. Bald nach dem Ende der Sowjetdiktatur ging sie mit ihrer Familie zurück nach Polen.



MIT Róża Thun

polnische Publizistin und Europa-Abgeordnete
Stand 8/2018

Von 1992 bis 2005 war sie Direktorin und später Leiterin des Vorstandes der Robert-Schuman-Stiftung in Warschau. In dieser Zeit baute sie ein Netz proeuropäischer Nichtregierungsorganisationen (NGOs) auf. Thun wirkte an zahlreichen Publikationen vorwiegend zum Thema der europäischen Integration mit.

Zeitweilig war sie als Politikerin der liberalen Partei Unia Wolności (Union der Freiheit) auf kommunaler und regionaler Ebene aktiv. Ab 2005 war sie Leiterin der Vertretung der Europäischen Kommission in Polen und wurde bei den Europawahlen 2009 für die Platforma Obywatelska ins Europäische Parlament gewählt. Sie ist dort als Mitglied der EVP-Fraktion und im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz tätig.

„Polen nicht ganz zugrunde gehen lassen“

„Die Polen haben seit 1989 die Erfahrung gemacht, in Freiheit zu leben – die PiS zerstört nun diese Freiheit Schritt für Schritt. Doch wir dürfen Polen nicht ganz zugrunde gehen lassen“, so der Aufruf Róża Thuns, für den sie in ihrem Heimatland und im EU-Parlament von den Vertretern der Partei 'Recht und Gerechtigkeit' (PiS) scharf attackiert wird.

Nach einem unglaublichen Wahlergebnis erhielt die nationalkonservative Regierung der PiS 2015 eine 2/3-Mehrheit und konnte damit das Land grundlegend verändern. Nach der Übernahme der öffentlichen Medien und der Einschränkung der Versammlungsfreiheit wurde als nächstes die Unabhängigkeit der Justiz aufgehoben. Der Justizminister ist zugleich Generalstaatsanwalt und teilt damit Verfahren, Staatsanwälte und Richter zu. Oft bleibt Betroffenen nur noch der Weg vor den Europäischen Gerichtshof in Straßburg. Höhepunkt ist bisher der Angriff auf die Unabhängigkeit des Verfassungsgerichts, das allein den Schutz der Verfassung gewährleisten könnte, gewesen. Die polnische Regierung will auch das Gesetz für die Europawahlen im nächsten Jahr ändern, um ihren Stimmanteil zu maximieren.

Die Bildung paramilitärischer Einheiten, die der Partei unterstehen – ähnlich wie die SA-Einheiten der Nazis – ist äußerst bedenklich. Die rechtsextremen Splittergruppen, mit denen die PiS flirtet machen deutlich, was sie unter „Volksherrschaft“ verstehen: Auf einem Marktplatz ließen sie Porträts ihrer Hassobjekte, darunter eines von Róża Thun, an selbst gebastelten Galgen baumeln. Die diskriminierende Wortwahl in der Öffentlichkeit und dass die Debatten, statt sich auf Themen und Argumente zu konzentrieren, auf ein so unglaublich niedriges Niveau von Beleidigungen fallen, ist symptomatisch.

Nach der Justiz und den Medien will die PiS jetzt auch die Hochschulen reformieren: Elite-Universitäten nach angelsächsischem Vorbild soll es geben, bessere Qualität und Stipendien. Dabei geht es nicht nur ums Geld, sondern auch um die Autonomie der Hochschulen. Es sind „Beiräte“ geplant, die künftig die Geschicke der Universitäten wesentlich mitbestimmen sollen. Und sie sollen überwiegend von Personen besetzt werden, die nicht der Hochschule angehören und der Regierung nahe stehen. Viele Studierende sind skeptisch und fürchten den Einfluss der Politik.

Die meisten Gesetze werden in Nachtsitzungen beschlossen, so dass, wenn die Menschen am Morgen aufwachen, das Land sich weiter verändert hat. Die Parallele zur Brexit-Entscheidung in Großbritannien ist unverkennbar. Argumente zählen nicht mehr – das subjektive Herz- und Bauchgefühl verhindert die rationale Auseinandersetzung mit der oft schwierigen Problematik. Die staatlich kontrollierten Öffentlichen Medien berichten nicht mehr wahrheitsgemäß und objektiv, sie schüren Ängste mit übertriebenen Berichten, so dass die öffentliche Meinung „Horden von Homosexuellen in Deutschlands Straßen, No-Go-Areas in deutschen Städten und tägliche Anschläge in Brüssel“ wahrnimmt. Über die Proteste im eigenen Land wird dagegen nur unzureichend oder gar falsch berichtet.

Mit der umstrittenen Reform und ihrem Widerstand gegen die EU-Flüchtlingspolitik geht die Regierung in Warschau auf Kollisionskurs zu Brüssel. Immer mehr scheint Warschau den Schulterchluss mit Viktor Orban in Ungarn zu suchen, der eine "illiberale Demokratie" in Europa propagiert und die weitere Integration der EU-Mitgliedsländer ablehnt.

Polen ist ein wichtiger Bestandteil der Europäischen Union und war bis vor kurzem ein konstruktives Mitglied der EU, und die Mehrheit der Polen ist immer noch für Europa. Beim Beitritt der Polen in die EU, durch ein eindeutiges Votum der Bürger, wurden große Erwartungen in die Mitgliedschaft in der EU gesetzt – viele davon wurden erfüllt und die Zustimmungquote zur EU ist heute größer als 2004. Man will Europa zusammen aufbauen.

In den 14 Jahren seit seinem Beitritt hat das Land wirtschaftlich und politisch unglaubliche Fortschritte gemacht. Diese Fortschritte beruhen jedoch auf starken und unabhängigen Institutionen, welche jetzt in Gefahr sind. Deshalb richtet sich die Politik der PiS nicht direkt gegen die EU. Doch anti-deutsche Politik funktioniert immer. Der Hass auf die Deutschen ist in Polen immer abrufbar.

So ist die Motivation der aktuellen Regierung, wieder Reparationsforderungen gegen Deutschland zu erheben, nicht durch die Hoffnung begründet, tatsächliche Zahlungen zu erhalten. Es geht viel mehr nur um Populismus. Die PiS, die gerade dabei ist, den polnischen Staat nach ihren zweifelhaften Vorstellungen umzubauen, bezieht ihre Legitimation nicht zuletzt aus der Quelle des traditionellen polnischen Nationalismus. Sie pflegt daher einen Geschichtskult, für den der Zweite Weltkrieg von zentraler Bedeutung ist. Der Nationalismus ist in Polen, mehr als in jedem anderen europäischen Land, mit dem Mythos des nationalen Opfergangs verbunden. Dass der Mythos, wie jeder Mythos, reale Hintergründe hat, bleibt unbenommen. Hier gilt auch zu wissen, dass die Polen, wie alle anderen Osteuropäer und die Einwohner der DDR, das Kriegsende anders empfanden, als wir Westdeutschen. Durch den Kommunismus, war für sie der Krieg und seine Folgen erst mit dem Beitritt zur EU bzw. zur Bundesrepublik zu Ende. Für die West-Deutschen war Krieg Geschichte, für die Polen und alle anderen das Leben. In der Schule wurden die Schüler mit propagandistischen Kriegsfilmern gefüttert, um den „Großen Bruder Russland“ entsprechend zu würdigen.

Um diese Quelle des emotionalen Rückhalts am Sprudeln zu halten, ist die Pflege von nationalen Feindbildern notwendig – also die der historischen Unterdrücker Russland und Deutschland. Eine nationale Emotionalisierung im Innern scheint für die PiS Vorrang vor einem guten Verhältnis zum heutigen Deutschland zu haben.

Zumal die Fokussierung auf die Geschichte der Verbrechen des früheren Deutschland so gut geeignet ist, die Kritik des gegenwärtigen Deutschland an den gegenwärtigen polnischen Zuständen abperlen zu lassen.

Kampagnen gegen die deutschen Krankenkassen oder die deutschen Jugendämter, „die nur nationalistisch entscheiden und polnische Kinder den polnischen Eltern wegnehmen“, erfüllen ihren Sinn. Dazu kommt die Aussage, die EU ist von Deutschland dominiert und arbeitet gegen Polen. Das gefährdet, was Generationen deutscher und polnischer Nachkriegspolitiker im Sinne der Versöhnung erreicht haben. Wichtige Schritte der Annäherung durch Willy Brandt, Helmut Kohl und Angela Merkel dürfen hier genannt werden. Die PiS, die demokratisch gewählt wurde, hat in ihrem Wahlkampf nie angekündigt, sich gegen die EU zu wenden.

Ein besonderes Problem, ist die enge Verbindung der PiS-Regierung zum nationalkonservativen Klerus des Landes, der so ganz anders tickt, als der amtierende Papst Franziskus - auch wenn Millionen von Gläubigen dem Pontifex beim Weltjugendtag in Krakau im Juli 2016 zujubelten. Ebenso wenig an Übervater Johannes Paul II., der in seiner Heimat schon lange vor 2014 als Heiliger verehrt wurde. Schließlich kämpfte der nicht nur gegen den Kommunismus, sondern vehement für Freiheit und Demokratie. Sein Zitat, Europa müsse "auf beiden Lungenflügeln atmen, dem westlichen und dem östlichen", ist bis heute ein geflügeltes Wort.

Der katholische Glaube ist fester Bestandteil der polnischen Identität, aber die Kirche ist zu einem politischen Akteur geworden. Das Schweigen zahlt sich für die katholische Kirche in Polen aus. Die PiS-Regierung erhöhte die staatlichen Zuschüsse für die Kirche. Sie wertete den freiwilligen Religionsunterricht an Schulen auf und blockierte mit einem Parlamentsbeschluss den Zugang zur Notfallverhütung "Pille danach". Und sie wird nicht müde in ihren Anstrengungen, die bereits restriktiven Abtreibungsgesetze im Land weiter zu verschärfen. Es gilt, sich gegen die Verweltlichung des Westens genauso zu wehren wie gegen die vermeintliche Ausbreitung des Islams oder die Akzeptanz von Homosexualität.

Der neue Krakauer Erzbischof ließ keinen Zweifel daran, dass er der nationalkatholischen Strömung in der polnischen Kirche angehört. In seiner ersten Predigt im neuen Amt beschwor Marek Jedraszewski immer wieder die Bedeutung des Katholizismus in der polnischen Geschichte.

Eine wichtige Rolle in dieser Entwicklung spielt auch Pater Tadeusz Rydzyk, der der römisch-katholischen Ordensgemeinschaft der "Kongregation des Heiligsten Erlösers" angehört und der nach der Wende in Polen mit "Radio Maryja" ein Medienimperium schuf, das vor allem diejenigen ansprach, die sich als Verlierer der neuen Marktwirtschaft mit ihren sozialen Härten sahen.

Noch gelingt es der polnischen PiS-Regierung, sich als Beschützerin der katholischen Kirche und Verfechterin der nationalen Identität gleichermaßen zu gerieren. Doch mehr als 25 Jahre nach dem Fall der Mauer büßt auch die Kirche an Einfluss ein. Der Glaube verändert sich. Nach einer Studie ist die Zahl der Polinnen und Polen, die sich nach den Weisungen der Kirche richten, seit 2005 von 66 auf 39 Prozent gesunken. Nur noch jeder Zweite praktiziert demnach regelmäßig katholische Riten, über 50 Prozent deklarieren einen Glauben "auf eigene Weise".

2005 war es noch jeder Dritte. Gestiegen ist auch die Zahl der Nicht-Gläubigen, bei den 18- bis 24-Jährigen von sechs auf 15 Prozent.

Entscheidend wird sein, wie die PiS-Regierung auf eine mögliche Abwahl bei den nächsten Wahlen reagiert – die Instrumente, eine negative Wahlentscheidung zu annullieren sind mit der Entmachtung des Verfassungsgerichtes geschaffen. Lech Walesa, polnischer Ex-Präsident und ehemaliger Anführer der Solidarność-Bewegung, fürchtet, dass es wegen der neuen polnischen Regierung (PiS) zum Bürgerkrieg im Land kommen könnte.

Das Wesen des Nationalismus

Die geringe Wahlbeteiligung bei der Wahl 2015 in Polen, machte die 2/3-Mehrheit der PiS erst möglich. Sie lag unter 50 Prozent und von diesen 50 Prozent bekam die PiS 2/3 der Stimmen, wobei viele kleine Parteien aufgrund der Zersplitterung der Parteienlandschaft an der 5 Prozenthürde scheiterten und diese Stimmen gar nicht zählten. Eigentlich haben nur 18 Prozent der wahlberechtigten Polen für die PiS gestimmt.

Die PiS verstand es, sich als eine Partei zu inszenieren, die um die geschichtlichen Verdienste des Volkes weiß, die Vision eines aktiven Staates verfolgt, der sich um seine Bürgerinnen und Bürger kümmert, und die für einen Staat mit starken Führungspersönlichkeiten steht, die ohne Rücksicht auf Verluste die einfachen Menschen repräsentieren und einen mutigen Kampf gegen die Privilegierten führen. Der Nationalismus ist geprägt von der Angst vor allem Neuem, vor allem Fremden. Nationalisten setzen auf den „starken Mann“ und auf einfache Feindbilder.

Der Nationalismus bietet eine einfache Antwort auf die Probleme der Menschen: wir hier – die dort. Man will die Grenzen schließen, sich abschotten. Die Herausforderung und die Chancen der Zukunft in Vielfalt verlangen aber Eigeninitiative eines jeden Einzelnen.

Für die Europawahlen 2019 ist Schlimmes zu erwarten: Die Anti-Europäer organisieren sich, um bei guten Wahlergebnissen Europa von innen heraus zu zerstören. Trump und Putin unterstützen diese anti-europäischen Gruppen, jeder auf seine Weise, aber mit dem gleichen Ziel: die EU zu zerstören.

Die Wähler der Populisten: Viele ältere, die die Veränderung der Welt nicht verstehen und nachvollziehen können. Menschen, die sich abgehängt fühlen, weil sie von den schnellen Entwicklungen nicht, oder nur zum Teil, persönlich etwas haben. Aber auch viele Junge, die die Freiheit und die Demokratie als etwas „Selbstverständliches“ wahrnehmen, das es schon immer gibt und immer geben wird. Gerade in Polen erleben wir, dass die Ereignisse der 70er und 80er Jahre nicht mehr präsent sind, politische Geschichte völlig unbekannt und im „internet-Leben“ keinen Platz findet. Außerdem funktionieren die Wirtschaft, der Handel und die Reise- und Arbeitsplatzfreiheit, alles zentrale Punkte für die persönlichen Erfahrungen der Menschen, ja noch uneingeschränkt.

Auch Teile der Bevölkerung, die sich selbst als erfolgreich, modern und westlich orientiert bezeichnen, standen lange mit Enthusiasmus hinter der PiS. Diese Zustimmung erlangte die Partei unter anderem durch ihre Flüchtlingspolitik.

Sie vermittelte denen, die entgegen anderen Bevölkerungsschichten keine Sorge vor dem Verlust von Arbeitsplätzen haben, das Gefühl, dass sie zu einer bedeutenden und einflussreichen Mittelschicht gehören, die über den Flüchtlingen und Minderheiten steht. Damit hatte die Regierung offenbar bei weiten Bevölkerungsteilen Erfolg.

Die Motivation der Nationalisten, sich den Staat zueigen zu machen reicht von Korruption (Ungarn) bis zu reinem Machtgenuss (Polen).

Ursachen, die zur Stärkung der Nationalisten führten

Für alles und jedes wird die Migration und hier vor allem die Entwicklung 2015 als Grund für den erstarkenden Nationalismus ins Feld geführt. Hierzu muss man aber vorausschicken, dass erst die Halbierung der internationalen Hilfsmittel für die Anrainerstaaen und die Flüchtlingslager diese Entwicklung zündeten. Italien, Griechenland und Spanien erlebten - und erleben noch heute - fehlende Solidarität in Europa. Diese wird weltweit interessiert beobachtet, vor allem von USA und Russland, die den Spaltpilz in der EU massiv fördern. Diese Entwicklung schadet uns allen.

Gerade in der Migrationsfrage werden die fehlende Menschenliebe und der fehlende Humanismus, vor allem christlich-katholisch geprägter Nationen wie in Ungarn, Polen aber auch Bayern deutlich. Nun stehen sogar Seenetretter vor Gericht! Bisher hat sich in Polen auch die Kirche nicht deutlich in der Frage um die Flüchtlinge engagiert. Die polnische Regierung weigert sich seit dem Anschlag in Brüssel 2016 Asylsuchende aus den Lagern in Italien und Griechenland aufzunehmen.

Die Europäische Union und ihre gemeinsame Arbeit basiert auf einem sehr geringen Budget: Nur ein Prozent steuert jedes Land aus seinem Haushalt ins Europa-Budget bei. Eine nötige gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik ist bisher nicht möglich.

Die Fehler der Regierung, vor allem in Polen und Osteuropa, war – und ist - der einseitige Sparkurs: Haushaltsüberschüsse wurden ausschließlich dazu genutzt, um EU-Gelder zu gewinnen. Für geförderte Maßnahmen muss das jeweilige Land erst in Vorleistung gehen, dann erfolgt die Erstattung der Gelder. Es stellte sich für vieles die Frage „Angel oder Fisch?“ (ein polnisches Sprichwort). Dabei wurde übersehen, die Bevölkerung direkt am Wirtschaftswachstum zu beteiligen. Wegen der Sparpolitik erlebten die Polen die wirtschaftliche Entwicklung sehr unterschiedlich, keiner hatte weniger, manche gewannen wenig, aber andere viel zu viel. Es wurde zuwenig Geld für Bildung und Kultur, zuviel für Infrastrukturmaßnahmen ausgegeben.

Die polnische Bevölkerung erlebte auch eine visionslose Antipolitik der Regierung Tusk. Dabei ist es besser – vor allem, um die einfache Bevölkerung zu erreichen - eine simple Vision zu haben als gar keine Vision.

Ein weiteres taten dann die konkreten Wahlversprechungen der PiS – die auch eingehalten wurden: Alles begann mit dem Programm 500 Plus. Mehr Kindergeld für Familien (umgerechnet rund 120 Euro) unabhängig vom Einkommen. Ebenso kostenlose Medikamente für Rentnerinnen und Rentner, eine Erhöhung die Grundrente und die Absenkung des Rentenalters.

Dazu kam, dass diese Sozialleistungen mit einem wirtschaftlichen Aufschwung zusammen fielen – allerdings vor allem dank der weltweiten Konjunkturbelebung – und die Arbeitslosigkeit konnte auf das Rekordniveau von 6,8 Prozent gesenkt werden.

Hoffnung auf Wandel

Es gibt aber auch eine dynamische polnische Zivilgesellschaft, die sich den undemokratischen und freiheitsfeindlichen Maßnahmen dieser Regierung widersetzt. Viele mutige Menschen in Polen gehen jeden Tag gegen diese Regierung auf die Straße, darunter nicht wenige Richter und Staatsanwälte. Mit ihnen gehen in zahlreichen polnischen Städten auch Tausende Menschen gegen die umstrittenen Reformen der nationalkonservativen Regierung auf die Straße und protestieren. Viele schwenkten polnische und europäische Flaggen. Andere demonstrierten still mit Kerzen in der Hand gegen die Abschaffung der Demokratie. Es gibt auch noch freie Medien, die darüber berichten – sie haben aber große finanzielle Probleme und kämpfen ums wirtschaftliche Überleben.

Doch Polens Regierungspartei beschädigt sich auch selbst. Die Polen erleben auch, dass ihre Rechte als EU-Bürger auf dem Spiel stehen. Immer mehr Menschen sind auch schockiert vom Ausmaß extremistischer und antisemitischer Äußerungen, wie sie in der öffentlichen Debatte lange nicht zu hören waren.

Das Gesetz, das öffentliche Äußerungen zur Verantwortung oder Mitverantwortung der polnischen Nation für vom nationalsozialistischen Deutschland begangene Verbrechen unter Strafe beschädigte nicht nur die Beziehungen zu den USA und der Ukraine, beides wichtige strategische Partner für Polen. Insbesondere Spannungen mit den USA verunsichern viele Polinnen. Amerika sollte Polen vor Russland schützen. Doch hier hat sich die PiS verspekuliert - die Unterstützung der USA steht mit Präsident Trump auf dem Spiel.

Die Regierung beging einen weiteren Fehler, indem sie die Ministergehälter anhob. Ein risikoreicher Schritt war auch das Verbot des Handels an den meisten Sonntagen. Hinzu kam der Versuch, das Abtreibungsgesetz zu verschärfen, gegen das vor allem Frauen landesweit auf die Straße gingen. Sogar viele Wählerinnen und Wähler der Regierungspartei PiS (43 Prozent) wünschen sich keine Verschärfung des Gesetzes.

Ende 2017, in der Vorbereitung auf die Kommunal- und Europawahlen, hatte die PiS gegenüber der Opposition noch einen riesigen Vorsprung. Sie wollte die Gelegenheit nutzen, um langfristig die Möglichkeiten des Regierens der Oppositionsparteien auszuschließen und damit die eigene Partei, vergleichbar mit der aktuellen Situation in Ungarn, unantastbar zu machen. Kaczyński trennte sich von extremistischen Politikern wie Antoni Macierewicz und Außenminister Witold Waszczykowski und installierte den modern-westlichen Mateusz Morawiecki als neuen Premierminister. Für die PiS hätte das eigentlich ein Volltreffer sein müssen. Doch für Kaczyński scheint der neue Premier nicht hilfreich zu sein.

Plötzlich nimmt die Zustimmung in Umfragen ab, die Opposition holt auf. Die Zustimmungswerte fielen um 12 Prozent auf 28 Prozent. Zwei weitere Umfragen bestätigten diesen Trend.

Die oppositionelle Bürgerplattform PO (der auch EU-Ratspräsident Donald Tusk angehört) liegt den Umfragen zufolge bei rund 22 Prozent. Die regierende PiS beginnt langsam für diese Politik zu bezahlen.

Die oppositionelle PO ist außerdem stark in den lokalen Regierungen vertreten. Sie regiert in 15 von 16 Provinzen und in fast allen großen und mittleren Städten. Es sieht so aus, als könne es bei den Parlamentswahlen 2019 einen wirklichen Zweikampf zwischen der regierenden PiS und der oppositionellen PO geben. Die PiS unternahm alles, um die zweite Amtszeit von Donald Tusk als EU-Ratspräsident zu verhindern. Nun ist sie turnusgemäß zu Ende und was kommt jetzt? Die Hoffnung, dass Tusk wieder in die polnische Politik geht ist groß. Die Opposition muss sich nun einigen und bei den nächsten Wahlen muss die PiS abgewählt werden, was dann passiert weiß aber keiner.

Wer ist die EU – das sind wir!

Die Demonstrationen gegen die PiS-Regierung beherrscht die Farbe Blau – Sie sind voll von Europafahnen. Die Menschen hoffen, dass die EU einschreitet – das geht aber nicht so einfach.

Die Mitglieder der Europäischen Union haben sich zusammengeschlossen, um gemeinsam Probleme zu lösen. Die EU als Institution gibt es eigentlich nicht – es ist ein Zusammenschluss der Willigen, aktuell der 27 Mitglieder der Europäischen Union. Die einzelnen Mitgliedsstaaten sind frei in ihren Entscheidungen und können zu nichts gezwungen werden. Die derzeitige Entwicklung zu nationalistischen Bestrebungen und dem Willen die EU zu zerstören, konnte nicht vorausgesehen werden und deshalb gibt es hierfür auch keine gegensteuernden Handlungsmöglichkeiten.

Nach einer unsäglichen Beleidigung der EU-Parlamentarierin Róża Thun wandte das EU-Parlament zum ersten Mal eine Regelung an, wonach ein Vizepräsident bei einer "schweren Verfehlung" abgewählt werden kann. Konservative, Sozialdemokraten, Liberale, Grüne und Linke unterstützten erstmals gemeinsam einen Antrag, und mit 447 Stimmen gegen den polnischen Vizepräsidenten Czarnecki kam die nötige Zweidrittelmehrheit zusammen.

Nun wurde von der EU-Kommission ein Artikel-7-Verfahren eingeleitet, um die Rechtsstaatlichkeit und den Obersten Gerichtshof in Polen zu verteidigen, das theoretisch zum Entzug der Stimmrechte in der EU führen kann. Das aber wird kaum passieren - denn die Sanktion muss einstimmig beschlossen werden, und Ungarn hat bereits sein Veto angekündigt.

Es ist aber die Pflicht des Europäischen Parlaments und aller Europäer, dass das Recht der Polinnen und Polen und aller europäischen Bürgerinnen und Bürger auf ein Leben in einer freien, offenen und demokratischen Gesellschaft geschützt wird. Jetzt will sich die EU-Kommission ein wesentlich schärferes Instrument verschaffen, gegen das einzelne Staaten nichts mehr ausrichten können: Ein Mechanismus, der Verstöße gegen die Rechtsstaatlichkeit mit dem Entzug von EU-Geldern ahnden soll.

So soll das Instrument, das die Kommission unter anderem auf Druck Deutschlands und Frankreichs entwickelt hat, funktionieren: Stellt die Kommission eine systematische Schwächung der Justiz fest, kann sie dem Rat der Mitgliedstaaten empfehlen,

dem jeweiligen Land Gelder zu entziehen. Der Vorschlag gilt im Rat automatisch als angenommen - es sei denn, eine qualifizierte Mehrheit von 15 Mitgliedsländern, die zusammen 65 Prozent der EU-Bevölkerung stellen, stimmt dagegen.

Die Kommission hat den Plan vor kurzem zusammen mit ihrem Entwurf für den nächsten Mehrjahres-Haushalt der EU vorgestellt. Doch das neue Rechtsstaatsinstrument ist offiziell nicht Teil des Etats - und muss deshalb auch nicht einstimmig von den Mitgliedstaaten verabschiedet werden. Stattdessen genügt nach Angaben der Kommission auch dafür eine qualifizierte Mehrheit.

Damit will man nach Angaben aus Kommissionkreisen zum einen verhindern, dass der neue Mechanismus die Verhandlungen über den gesamten Haushalt gefährdet. Denn Ärger ist programmiert, Ungarn wirft der EU-Kommission schon jetzt Erpressung vor. Aus dem Grund begründet die Kommission den neuen Mechanismus auch nicht mit Verstößen gegen EU-Grundwerte. Stattdessen sollen die Sanktionen die finanziellen Interessen der anderen Mitgliedstaaten schützen. Eine korrekte Verwaltung von EU-Geldern sei nur in Ländern mit funktionierender Justiz möglich, heißt es.

„Wenn die Justiz eines Landes ruiniert, paralysiert und politisiert ist, kann sie nicht unabhängig über Fälle von Betrug, Misswirtschaft oder politische Willkür entscheiden“, so die Begründung der zuständige EU-Kommissarin Vera Jourová. Man hat absichtlich diesen eher pragmatischen Ansatz gewählt, anstatt die EU-Grundwerte zur Basis des Sanktionsinstruments zu machen. Das verhindert auch eine mögliche juristische Kollision mit dem Artikel-7-Verfahren, das weiter parallel zum neuen Strafmechanismus existiert. Die restriktiven Maßnahmen sollen nicht nur bestimmte Gelder wie etwa Mittel für strukturschwache Regionen ins Visier nehmen, sondern nahezu alle EU-Programme. Um nicht die Falschen zu treffen - als Beispiele nennt die Kommission Erasmus-Studenten, Forscher oder die Zivilgesellschaft - ist der betroffene Staat verpflichtet, die entsprechenden Programme weiter zu finanzieren, nur eben aus eigener Tasche.

Allerdings ist das eine "theoretische Diskussion", da der neue Mechanismus, ebenso wie der nächste Mehrjahres-Haushalt, erst ab dem Jahr 2021 greifen soll.

Fazit

Massive Anfeindungen mussten schon die visionären Politiker bei der Gründung der EU, vor allem aus ihren eigenen Ländern, erfahren. Sie wurden als „Verräter“ bezeichnet, denn fünf Jahre nach Kriegsende hätte keine Bürgerbefragung ein „Ja zu Europa“ gebracht. Die Völker Europas hätten sich gegen diese mutige Vision entschieden. Treibende Kräfte waren Menschen, die den Schrecken des Krieges als KZ-Insassen oder Displaced Persons (Vertriebene, Heimatlose) persönlich erlebt hatten und das für die Zukunft ausschließen wollten.

Auch nationalistische Tendenzen sind immer und überall vorhanden. Schon immer bestätigen Umfragen, dass bis zu 20 Prozent der Bevölkerung rechts der Mitte stehen – die 20 Prozent AfD in Bayern zeigen dies nun anschaulich.

Es bedeutet daher viel Arbeit und Mühe den Nationalismus möglichst klein zu halten.

Demokratie bedeutet „Du entscheidest“ - das hat aber auch zur Folge, sich die Mühe zu machen, und oft ist es viel Mühe, die man sich machen muss, um sich richtig zu entscheiden!

In den Diktaturen des Ostblocks waren Wahlergebnisse mit 99,9 Prozent an der Tagesordnung, da musste sich keiner seine Entscheidung „erarbeiten“ – außer die Oppositionellen, die dafür aber auch entsprechend verfolgt und mundtot gemacht wurden.

Das überraschende Ergebnis der Wahlen in Polen sind vergleichbar mit dem Brexit-Ergebnis in Großbritannien: Als die Menschen am Morgen aufgewacht sind, konnten es die meisten nicht glauben, was geschehen ist. Doch es sind einfach zu wenige gewesen, die für den Verbleib in der EU gestimmt haben – es haben sich zu wenige die Mühe gemacht, ihre Stimme dafür abzugeben. Die Briten sehen erst jetzt, welchen Fehler sie gemacht haben. Großbritannien muss nun mit der EU und allen anderen Global Playern eigene Handelsverträge aushandeln, das hatte bisher die EU für sie übernommen und die Briten hatten davon profitiert – jetzt fehlen ihnen die Spezialisten und Voraussetzungen dies rechtzeitig selber zu organisieren. Dazu kommen die Folgen des „harten Brexit“, denn nichts anderes darf es geben.

Gerade in der Flüchtlingsproblematik kann nur Solidarität statt Nationalismus gelten. Besonders hier gilt es gemeinsame gegen Populismus zu kämpfen. Nicht die Nationalisten haben die „Büchse der Pandora“ geöffnet, das waren vor allem konservative Politiker, wie die Spitzen der CSU in Bayern. „Es darf doch gesagt werden...“, „Man muss doch sagen dürfen...“ waren die Aussagen, die mit populistischen Äußerungen wie „Flüchtlingswelle“, „rechtsfreier Raum“ oder „staatlicher Rechtsbruch“ Ängste schürten, die die Nationalisten gerne aufnahmen. Und nun bekommen wir diese „Büchse“ nicht mehr geschlossen, denn die Ängste werden weiter geschürt und nur zum Zweck, politischen Nutzen daraus zu ziehen – doch gewinnen werden dabei nur die extremen Rechten.

Zumindest in Europa arbeiten Konservative und Sozialdemokraten eng zusammen. Die großen Herausforderungen, denen wir uns gegenübersehen – Migration, Demographischer Wandel, Soziale Gerechtigkeit, Klimawandel, Weiterentwicklung der EU, nicht zu vergessen die kriegerischen Konflikte in der europäischen Nachbarschaft und weltweit - können wir nur gemeinsam lösen.

Im Europa-Parlament sind die demokratischen Parteien noch bestimmend. Die **Europäische Volkspartei (EVP)** ist eine Partei, die sich aus christlich-demokratischen und konservativ-bürgerlichen aber auch nationalkonservativen-rechtspopulistischen Mitgliedsparteien in der Europäischen Union zusammensetzt. Aus dem deutschen Sprachbereich sind die CDU und die CSU sowie die ÖVP aus Österreich. Die EVP stellt seit 1999 größte Fraktion.

Die Fraktion der **Progressiven Allianz der Sozialdemokraten (S&D)** bildet die zweitstärkste Parteienfamilie im Europäischen Parlament. Sie steht für eine integrative europäische Gesellschaft, die auf den Prinzipien Freiheit, Gleichheit, Solidarität, Vielfalt und Gerechtigkeit beruht.

Die Sozialdemokraten engagieren sich für soziale Gerechtigkeit, Arbeitsplätze und Wachstum, Verbraucherrechte, nachhaltige Entwicklung, Finanzmarktreforemen und Menschenrechte, um ein stärkeres und demokratischeres Europa und eine bessere Zukunft für alle zu schaffen.

Die polnische PiS ist Mitglied der **EKR-Fraktion**, bestehend aus britischen Konservativen sowie ehemaligen AfD-Abgeordneten.

Die Demokratie ist, wie die EU, ein zerbrechliches Konstrukt und wir müssen uns jeden Tag darum kümmern. Für uns muss es heißen: Vorwärts gehen, Lösungen suchen, den Frieden bewahren. Das kann nur gelingen, wenn sich alle demokratischen Kräfte gegen die Nationalisten zu stellen.